Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 33 (1953-1954)
Heft: 11

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

STIMMEN DER WELTPRESSE

Über die *Einstellung der USA zu Frankreich* äußern sich zwei bekannte Redaktionsmitglieder der *New York Times. James Reston,* Chef des Washingtoner Bureaus der New York Times, schreibt in betont unverblümter Weise: «In dem Jahrzehnt, seit Charles de Gaulle in die Allianz einzog, haben die USA Frankreich mehr Konzessionen gemacht als irgend ein moderner Staat einem anderen je gemacht hat, aber — wie es von hier aus aussieht — jede Konzession begegnete einem neuen Begehren, bis Washington schließlich offen verärgert war. — Nach dem Krieg führten die USA den Kampf für die Wiederherstellung Frankreichs als Großmacht. Sie duldeten General de Gaulles Affront gegen den verstorbenen Präsidenten Roosevelt. Sie kämpften gegen die harte Opposition der Russen, um Frankreich als eines der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinigten Nationen einzusetzen. Sie schluckten sogar Frankreichs Kolonialpolitik in Indochina und Nordafrika. Sie überwanden den Widerstand gegen eine französische Okkupationszone in Deutschland. — Frankreich erklärte nach dem Kriege mit beträchtlichem Recht, daß die Lasten des Krieges möglichst gemeinsam getragen und die Kosten des Wiederaufbaues und der Wiederaufrüstung entsprechend der Zahlungsfähigkeit verteilt werden sollten. Die USA nahmen diese Verantwortung auf sich. Sie gewährten Darlehen an Frankreich, lancierten den Marshall-Plan und nahmen ein großes Programm für militärische Hilfe an.... Während dieser Periode kamen französische Politiker, Historiker und Philosophen übereinstimmend zu folgender Schlußfolgerung über die Lehre dieses melancholischen Jahrhunderts: daß Amerika eine schreckliche Unterlassungssünde begangen habe, indem es nicht klar gemacht habe, daß es gegen jeden Staat kämpfen werde, der zur Erreichung seiner nationalen Zwecke zum Kriege schreite.... Die USA nahmen dieses Urteil schließlich an und übernahmen die Führung in der Bildung der Vereinigten Nationen. Überdies untermauerten sie ihre Verpflichtung durch ein militärisches Rüstungsprogramm. Jedesmal wenn eine dieser großen Entscheidungen den Kongreß passierte, wurde *ein* Prinzip betont: Daß Amerika dies nicht nur tue, um der Drohung der Sowjets entgegenzutreten, sondern auch um ein neues geeinigtes Europa zu schaffen. — Frankreich akzeptierte dies im Prinzip, aber ersuchte Washington, eine Politik der Risikoverteilung anzunehmen.... Es ersuchte uns, auf dem europäischen Kontinent eine bestimmte Anzahl amerikanischer Divisionen mehr oder weniger dauernd zu belassen und diese Divisionen auf eine Linie zu stellen, die Europa so weit östlich wie möglich verteidigen würde. — Washington nahm auch diese Forderung an, aber unter *einer* Bedingung: Wenn Europa so nahe der Roten Armee wie möglich, d. h. innerhalb Deutschlands, verteidigt werden solle, dann sei eine Wiederbewaffnung Deutschlands wesentlich. — Jeder, der im ‚Waldorf-Astoria' anwesend war und einen Blick auf François-Poncet werfen konnte, als Staatssekretär Acheson diesen Vorschlag machte, weiß, welcher Schock dieses Begehren für die Franzosen bedeutete. Sie gingen weg und kamen zurück mit einer neuen und revolutionären Idee. Dies war die europäische Armee. Sie sagten, sie würden die Wiederbewaffnung der Deutschen annehmen, aber nur, wenn die Deutschen in eine europäische Armee unter nichtdeutscher Führung eingegliedert würden. — Seit jenem Zeitpunkt wurden neue Begehren — über die Saar, über den britischen Anschluß an die europäische Armee, über amerikanische Garantien für die europäische Armee, über neue Hilfe für Indochina usw. — von Paris vorgebracht und von Washington in dieser oder jener Weise erfüllt. Aber immer noch geht die Debatte weiter, und französische Diplomaten, die vor einem Monat sagten, die EVG werde mit 40 Stimmen Mehrheit angenommen, fragen sich nun laut, ob sie je angenommen wird. — Dies ist zugegebenermaßen nur *eine* Seite der

Geschichte, aber sie hilft, die Erbitterung unserer Regierungsleute zu erklären. Diese fühlen, daß die Franzosen so entschlossen sind, ihrer alten Feindschaft gegen die Deutschen treu zu bleiben, daß sie mit der neuen Freundschaft Amerikas spielen.» («New York Times», 20. 12. 1953.)

Die bekannte außenpolitische Mitarbeiterin der «New York Times», *Anne O'Hare McCormick,* schreibt in versöhnlicherem Ton: «Die Franzosen geben eine tragische Demonstration der Schwäche ihrer demokratischen Institutionen. Es ist nicht nur eine Frage ihrer Einstellung zur Zusammenarbeit mit Deutschland. Dies ist ein Problem, das Frankreich selbst so lösen muß, wie es dies für richtig hält. Seine Freunde bewundern den Mut und die Weitsicht der großen Zahl von Franzosen, die willens sind, um die Zukunft zu spielen, und sie sympathisieren mit den Befürchtungen jener, die sich an die Vergangenheit erinnern. Alles was die westliche Welt verlangt, ist eine Entscheidung, in diesem oder jenem Sinn und eine entsprechende Politik. — Doch Frankreich scheint unfähig zu sein, zu handeln. Sein Zustand ist freilich nicht eine Krise der Demokratie. Der demokratische Geist ist in Frankreich wahrscheinlich lebendiger als in irgend einem anderen Land. Die Leidenschaft des Franzosen für individuelle Rechte ist so sprichwörtlich wie sein tiefer Respekt für menschliche Gleichheit. Die Angst vor ‚starken Männern' ist ebenso sehr ein Teil des nationalen Charakters, wie die Vielheit der Parteien ein Ausdruck des Parteigängertums ist, das den Nationalismus fast verdrängt. ‚Es gibt kein Frankreich mehr', sagte ein weiser Beobachter in Paris. ‚Es gibt nur noch Franzosen'.» («New York Times», 21. 12. 1953.)

In der ersten Jahresnummer der angesehenen Zeitschrift *Die Gegenwart* analysiert ihr Mitherausgeber, Dr. *Fritz Hauenstein,* die unter dem Begriff *Reprivatisierung* segelnde neue wirtschaftspolitische Tendenz in hervorragender Weise. Die Tendenz charakterisiert sich als offensiver Vormarsch der freien Marktwirtschaft gegen die bereits in die Defensive gedrängte Sozialisierungsidee. Das Ziel der Reprivatisierung liegt in der Beseitigung der restlichen drei Komplexe staatlicher Kontrolle: Wohnungswirtschaft und Wohnungsbau — Kapitalbildung und Kapitallenkung — Devisenüberwachung und Außenhandel. Gleichzeitig sollen die private Vermögensbildung durch den Abbau und die bessere Verteilung der Steuerlasten gefördert, das Sozialprodukt erhöht und die Einkommensvermehrung der privaten Hand vorbehalten werden. Ein derartiges Programm verrät, daß der Begriff Reprivatisierung nicht nur eine wirtschaftspolitische Tendenz, nicht nur eine weltanschauliche Idee, sondern darüber hinaus eine reale Wirtschaftsmethode bezeichnen will. Im wesentlichen besteht sie darin, daß das Unternehmertum Wirtschaftsfunktionen vom Staate zurückholt — sie mit andern Worten reprivatisiert —, und damit muß die Wirtschaftsordnung des geplanten staatlichen Dirigismus das Feld der freien Marktwirtschaft räumen.

Verfehlt ist es aber, zu glauben, daß damit der Wiederaufstieg des Vorkriegsliberalismus angebrochen sei. Die zurückeroberte Unternehmerfunktion ist nicht vollständig frei. Sie muß seit dem eingeführten Mitberatungs- und Mitbestimmungsrecht mit dem Sozialpartner geteilt werden. Auch engt eine Art übernationaler Dirigismus, wie er sich in der Montanunion manifestiert, den freien Marktmechanismus ein. Trotzdem hat die Reprivatisierung die erste große Probe bestanden. Sie hat die Engpässe überwunden, und der freie Markt hat sich auch nach dem Wegfall der amerikanischen Auslandshilfe weiter konsolidiert. Die Fülle des Marktes, die Verschärfung der Konkurrenz und damit der Druck auf die Preise bewirkte eine allgemeine Expansion, nicht nur des privaten Verbrauches, sondern auch der Produktion. Dadurch entstehen neue, wichtige Aufgaben.

Die Verantwortung für die Konjunkturpolitik liegt nun nicht mehr beim Staate allein, sondern auch bei der privaten Wirtschaft. Die öffentlichen Investitionen, das Sparen über die Steuern, müssen ersetzt werden durch das individuelle

Sparen. Die Selbstfinanzierung weicht der Finanzierung auf Kredit. Der Staat kann sich aus der Politik der Subventionsgewährung und Begünstigung zurückziehen und begnügt sich mit einer guten Ordnung des Wettbewerbes. Der Preis beherrscht den Markt und deshalb dirigiert nicht mehr der Staat, sondern die Masse der Konsumenten.

Dadurch werden allerdings die Produzenten zur *Rekartellierung* verleitet, um den freien Wettbewerb durch Vereinbarungen mehr oder weniger auszuschließen. Auch vernimmt man Stimmen, die nach einer Rückkehr zur größeren, organischeren Verflechtung der Unternehmungen rufen, also nach einer Rekonzentration, sicherlich nicht nur zwecks besserer Rationalisierung, sondern wohl auch mit dem Hintergedanken nach Aufrichtung neuer Monopole. Aus diesen Gründen wird im Verlaufe des angebrochenen Jahres nicht nur eine organische Steuerreform und Kapitalmarktreform einer Lösung entgegengeführt werden müssen, sondern man wird auch im Rahmen eines Kartellgesetzes und einer Sozialreform bestimmen, was soziale Marktwirtschaft sein soll, in welcher Richtung mit andern Worten die Reprivatisierung weiterschreiten muß.

Nach der Periode des Nachholbedarfes stellte sich inzwischen eine wirtschaftliche Stabilität ein, die ein sorgfältigeres Wirtschaften fordert. Der Autor weist am Schluß seines Aufsatzes darauf hin, daß die Erfolge der Reprivatisierung nur dann bestätigt werden, wenn die private Wirtschaft beweist, «daß sie auf die öffentlichen Investitionen und Alimentationen verzichten kann, daß sie autonomer, politisch unabhängiger geworden ist, daß sie selbst die Konjunktur auf ihrer Höhe halten kann».

Im Hinblick auf die *Wirtschaftskonferenz der Finanzminister der Commonwealthländer in Sidney* schrieb *Libero Lenti* einen Leitartikel über *die internationale Handels- und Finanzlage* im *Corriere della Sera* (12. 1. 1954). Für die Commonwealthstaaten besteht als aktuelles Problem die Befürchtung, die Wirtschaft der USA könnte in eine Phase der Stockung geraten, was einen Rückgang des Ankaufs von Rohmaterialien auf dem Sterlingmarkt von 25—30% zur Folge hätte. Daher die Notwendigkeit einer defensiven Politik und von stabilisierenden Maßnahmen, um eine Abnahme der Geldreserven des Sterlingblockes zu verhüten. Dazu kommt nun der auf breiter Basis vorgenommene Verkauf russischen Goldes an den Westen. Der Verfasser meint, dadurch könnten die Handelsbeziehungen zwischen dem Osten und dem Westen intensiviert und ein Sicherheitsventil geschaffen werden für den Fall einer allzustarken wirtschaftlichen Depression in den USA. Ohne optimistisch sein zu wollen, muß man zugeben, daß der Zufluß sowjetischen Goldes die Geldreserven erhöht hat; dies erlaubt, das Problem der Konvertibilität des Pfundsterlings mit größerer Zuversicht ins Auge zu fassen. Es ist zu hoffen, daß der Lösung dieser Frage eine Befreiung des Welthandels, auch außerhalb des Sterlingblockes und unter Verwerfung jeglichen protektionistischen Prinzips, folgen werde. Eine solche protektionistische Politik, in jüngster Vergangenheit von England angewendet, von den USA aber mißbilligt, könnte allerdings unter den verantwortlichen Vertretern der Commonwealthländer eifrige Befürworter finden. Der Verfasser hofft deshalb, daß, im günstigen Augenblick der durch den Zufluß russischen Goldes bedingten Konjunktur, nicht erneut Zollschranken errichtet werden. Eine derartige Maßnahme würde die Handelsbilanz einiger europäischer Länder, beispielsweise die augenblicklich passive Bilanz Italiens, schwer beeinträchtigen.

Wir können alle zuverlässigen Nachrichten nur begrüßen, die das Dunkel über der Politik im Sowjetraum zu erhellen vermögen. Seitdem sich dort nach dem Tode Stalins Chruschtschew an die Spitze des Führerkollektivs gestellt hat, und das vom Westen zu wenig beachtete, alte Parteimitglied Mikojan mit der

Leitung des Ministeriums für Innenhandel betraut worden ist, vollzieht sich in Rußland offenbar ein tiefgreifender Wandel von der Stalinschen Wirtschaftspolitik mit ihrer Absicht, den Handel durch direkten Produktenaustausch zu ersetzen, zu einer neuen Agrar- und Konsumentenpolitik. Darüber gibt der Artikel *Stalins Nachfolger und der Sowjethandel* von *Rudolf Förster* in Nr. 23 des in Köln erscheinenden, sich durch gute Berichterstattung auszeichnenden *SBZ*-(sowjetische Besatzungszone)*Archivs* den erwünschten Aufschluß. Förster referiert über Inhalt und Ziele der sowjetischen Handelsverordnung vom 23. Oktober 1953.

Der heutige Sowjethandel vollzieht sich in drei Formen: als staatlicher, genossenschaftlicher und kollektivwirtschaftlicher Warenvermittler, unter denen der staatliche der weitaus überragende ist. Mit beißender Kritik an dem Wirken dieser Handelsorganisation wird in der neuen Verordnung nicht gespart. In dem auch in anderen Berichten hervortretenden Bestreben, innerhalb der nächsten Jahre den äußerst niedrigen Lebensstandard der russischen Bevölkerung zu heben, dabei aber auch gleichzeitig den privilegierten Schichten der Parteibürokratie die Anschaffung von Luxusprodukten zu ermöglichen, wird zunächst eine Umformung des bestehenden Fünfjahresplans mit der Verstärkung der Konsumgüterindustrie und der Nahrungsmittelerzeugung (z. B. bei Konfektionsware von 80% der Ziffer von 1950 auf 240%, bei Fleisch von 90 auf 230%) ins Auge gefaßt. Ebenso soll die Organisation des Handels nicht wie nach den Entschlüssen Stalins abgebaut, sondern im Gegenteil schnell vergrößert werden; bis 1956 sind 40 000 neue Geschäfte und 11 000 neue Restaurants und Kaffees zu eröffnen, in den landwirtschaftlichen Bezirken werden 508 frische kollektivwirtschaftliche Märkte zu schaffen sein.

Obwohl detaillierte Ausführungsbestimmungen noch fehlen, läßt sich doch schon jetzt erkennen, daß es sich bei der Verordnung offensichtlich um eine langfristige Veränderung der sowjetischen Wirtschaftspolitik handelt. Wenn die Verordnung u. a. vorschreibt, daß bis 1956 zwölf neue Handelshochschulen und 30 Handelsschulen eingerichtet werden sollen, so zeigt dies, daß die Nachfolger Stalins, in bewußter Abweichung von seiner Doktrin, die Unentbehrlichkeit des Handels erkannt haben und zu seiner Entfaltung entschlossen sind, um der Besserung des allgemeinen Lebensstandes zu dienen. Ob die Sowjetregierung allerdings die unvermeidbare Konsequenz ziehen wird, ihr bisher straff zentralisiertes Wirtschaftssystem zu lockern, läßt der Verfasser offen, hält es aber nicht für ausgeschlossen.

Bei den Wahlen zum norwegischen Storting Mitte Oktober 1953 erzielten die Kommunisten rund 5 Prozent aller abgegebenen Stimmen, ein Ergebnis, das eigentlich keinen Anlaß zu Besorgnis geben sollte. *Per Vogt,* außenpolitischer Mitarbeiter der sehr angesehenen norwegischen Zeitschrift *Farmand,* kommt indessen, bei näherer Betrachtung der geographischen Verteilung der kommunistischen Stimmen, zu dem sehr beunruhigenden Ergebnis eines *Gefahrenherdes Nordnorwegen* («Svenska Dagbladet», Stockholm, 21. November 1953). Überall nördlich des Polarkreises haben die Kommunisten Fortschritte gemacht, und ihr Erfolg war um so größer, je weiter man nach Norden und nach Osten kommt. Der kommunistische Vormarsch in diesen Gebieten erscheint um so bedenklicher, als die östliche Provinz der einzige Teil Norwegens ist, der mit der Sowjetunion eine gemeinsame Grenze hat. Eine schwerwiegende Ursache für den Fortschritt des Kommunismus in den nördlichen und östlichen Provinzen ist zweifellos außenpolitisch bedingt. In Kreisen der Intellektuellen Norwegens sind wirklichkeitsfremde Neutralisten mit idealen Beweggründen recht zahlreich. Kräfte dieser Art dürften im nördlichsten Norwegen von den Kommunisten als Verstärkung gewonnen worden sein. Es handelt sich zumeist um Leute, die den kommunistischen «Friedensappellen» Glauben schenken und sich von der Propaganda gegen die «amerikanischen Kriegshetzer» einschüchtern lassen. Viele Norweger sind auch Gegner der Atlantikpakt-Politik, weil sie ganz Nordnorwegen als strategisch aufgegeben

betrachten. Bei diesen Leuten ist das norwegische Verteidigungsbudget besonders unpopulär. Radio Moskau sendet häufig in norwegischer Sprache und auf norwegischen Wellenlängen zu gleicher Zeit wie die norwegischen Sender, die zufolge der großen Entfernung nur mit Mühe verstanden werden. Die sowjetische Rundfunkpropaganda erweist sich um so wirkungsvoller, als der norwegische Rundfunk auf derartige Propaganda grundsätzlich verzichtet. Für die jüngste Entwicklung der norwegisch-sowjetischen Beziehungen ist Wyschinskis Angriff vom 6. November bezeichnend, wobei er behauptete, Norwegen stelle anderen Ländern militärische Stützpunkte zur Verfügung. Der Fall des aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten Otto Larsen deckte auf, daß die norwegischen Kommunisten einem vor sowjetischen Behörden in Murmansk abgelegten Eid tatsächlich den Vorrang vor allen anderen Verpflichtungen einräumen. Die Aufdeckung von Spionagefällen in Ostfinnmarken ist vielleicht geeignet, der vielfach naiven norwegischen Bevölkerung die Augen zu öffnen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich die Anklagen wegen Spionage ausgerechnet gegen Bewohner der östlichsten, wahrscheinlich am stärksten kommunistisch beeinflußten Gebiete richten.

Im Februarheft 1953 (S. 705/706) wurde auf die wachsende *kommunistische Untergrundbewegung in Lateinamerika* hingewiesen und dabei auch die Taktik der sich scheinbar gegenseitig bekämpfenden verschiedenen kommunistischen Parteien erwähnt. — Diese Feststellungen decken sich mit den Meldungen über die Stärke der Länderdelegationen am III. Kommunistischen Welt-Gewerkschaftskongreß in Wien (10.—21. Okt. 1953). Wie die *Orientierung* (Zürich) in Nr. 21 unter dem Titel *Kommunistischer Welt-Gewerkschaftskongreß und Weltkommunismus* berichtet, waren Brasilien mit 55, Argentinien mit 30 und Mexiko mit 28 Delegierten vertreten. In der neugewählten Führung des WGB stellt Südamerika einen der fünf Vizepräsidenten. Brasilien, Columbien, Cuba, Guatemala und Mexiko erhielten je ein Vollmitglied, Equador, Costarica und Trinidad je einen Stellvertreter zugebilligt. In den auf 88 Mitglieder erweiterten Generalrat des WGB wurden 14 Vertreter Lateinamerikas gewählt. — Die gleiche Zeitschrift brachte in der Nummer 23/24 unter dem Titel *Er fand sie schlafend* eine Zuschrift von *Friedrich Kiefer* (Rio de Janeiro), die «gleichsam die Gegenprobe von Seiten der durch den Kommunismus passiv bedrohten Bevölkerung Lateinamerikas» liefert. Unter Berufung auf ein Zitat aus der führenden demokratischen Zeitung *Estado* in Sao Paolo schreibt der Beobachter der Verschwörung in Guayana einen ausgesprochen strategischen Charakter zu, sollte sie doch dazu dienen, «einen Hafen für die aus der Sowjetunion kommenden Waffen» bereit zu stellen. «Die Vorkommnisse in Britisch-Guayana bestätigen unter anderem, daß der Kreml Schritt für Schritt in der Unterminierung des südamerikanischen Kontinents vorgeht. Vom Fernen Osten abgesehen, zeigt keine Stelle des Globus so deutlich die Spuren der kommunistischen Anfälligkeit.» Der kommunistische Verleumdungsfeldzug gegen Nordamerika wurde zu spät durchschaut und deshalb auch von eindeutig antikommunistischen Kreisen unterstützt. «Von der roten Dialektik verseuchte Geschichtsbücher» konnten unbemerkt in den Schulen Eingang finden. — Der Korrespondent führt die Anfälligkeit der südamerikanischen Länder für die kommunistische Ideologie auf die Armut der Bevölkerung und diese wiederum in erster Linie auf das System der Latifundien zurück. — Für die Schweiz von besonderer Aktualität ist die Feststellung, daß es in Argentinien und Venezuela zwei, in Bolivien und Mexiko sogar drei verschiedene kommunistische Parteien gibt, die alle *«absolut ‚linientreu' und von Moskau finanziert»* sind. «Getrennt marschieren, mit verschiedenen Aufgaben betreut, gehen alle vereint auf das gleiche Ziel los.» Man denkt dabei unwillkürlich an den Hausstreit zwischen Nicole und der PdA, die sich beide gleicherweise ihrer Linientreue und Ergebenheit gegenüber dem Kreml rühmen.